

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 23.09.2013
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dietmar Eisele Ahaus

Mitglieder:

Heinz-Josef Elpers	Ahaus	Vertretung für Herrn Markus Jasper
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	Vertretung für Herrn Bernd Schlipfing
Paul Lensing	Borken	
Heinrich Lübbering	Vreden	bis TOP 3, 18.50 Uhr
Josef Osterhues	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Kevin Schneider	Isselburg	Vertretung für Herrn Wolfgang Klein
Heidi Buskase	Gronau	bis TOP 4, 19.45 Uhr
Wolfgang Kramer	Gescher	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Norbert Wanning	Rhede	
Johann Vering	Heiden	

Es fehlen entschuldigt:

Arno Berning	Raesfeld
Gerd Welper	Vreden

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick	
Ludger Stienen	
Walter Alfert	bis TOP 5
Karl-Peter Theis	TOP 5
Sofia Arnold	
Markus Terschluse	bis TOP 5

Gäste:

André Pieperjohanns	RVMWVG
Raimund Breuker	RVMWVG
Dr. André Wolf	REGIONALE 2016 Agentur
Wilhelm Angenendt	AB Stadtverkehr GbR
Martina Henke	ZVM Bus
Harald Bandt	ZVM Bus

Erledigung der Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Eisele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Der Vorsitzende Herr Eisele bittet die Anwesenden, sich für die Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Kevin Schneider von den Plätzen zu erheben. Er liest die Verpflichtungsformel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend verpflichtet er Herrn Kevin Schneider per Handschlag.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Kosten- und Einnahmenentwicklung der RVM unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung
Vortrag: André Pieperjohanns (RVM Geschäftsführer)**

Herr Pieperjohanns berichtet über die Kosten- und Einnahmenentwicklung der RVM mit vergangenen und zukünftigen Optimierungsmöglichkeiten und gibt einen Ausblick auf die weiteren Entwicklungen (**s. Anlage 1 der Niederschrift**). Er gibt an, aufgrund des demografischen Wandels werde mit einem Rückgang der Erträge beim Schülerverkehr in Höhe von ca. 2,0 Mio. EUR bis 2017 gerechnet. Im gleichen Zeitraum sinke auch die Erstattung für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten im ÖPNV um ca. 500 T-EUR. Aufgrund dieser Entwicklungen sei es umso wichtiger, weitere Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen.

Frau Lindenhahn regt an, eine Übersicht über die nur mündlich vorgetragenen negativen Bewertungen aus dem ÖPNV-Kundenbarometer von tns-Infratest 2012 und die von der RVM unternommenen Maßnahmen dem Protokoll beizufügen (**s. Anlage 2 der Niederschrift**).

Auf die Frage von Herrn Eisele zu der Höhe der gestiegenen Fahrkostenpreise ab 2005 sagt Herr Pieperjohanns eine entsprechende Übersicht für die Niederschrift zu (**s. Anlage 3 der Niederschrift**). Er führt weiter aus, den gestiegenen Fahrkostenpreisen müssten auch die gestiegenen Kosten für die Bedienung der Verkehrsleistungen gegenübergestellt werden.

Herr Lensing bedankt sich für die Erläuterungen vor allem hinsichtlich weiterer Optimierungsmöglichkeiten.

Zu dem von Herrn Lensing angesprochenen freigestellten Schülerverkehr erklärt Herr Pieperjohanns, durch die Umwandlung von ÖPNV-Linien in freigestellten Schülerverkehr müssten bei jeder Linie die möglichen Auswirkungen für die vorhandenen ÖPNV-Linien berücksichtigt werden. Eine gemeinsame Absprache zwischen Stadt, Kreis und dem jeweiligen Verkehrsunternehmen müsse rechtzeitig erfolgen. Wichtig sei, dass die Finanzierung und der Bedarf der ÖPNV-Linien nicht geschwächt würden und ein attraktiver ÖPNV erhalten bleibe. Größere Linien im freigestellten Schülerverkehr würden von der RVM selbst gefahren, bei kleineren Linien seien die Auftragsunternehmer günstiger und würden diese übernehmen.

Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, dass das Verfahren zur Direktvergabe sehr zeitintensiv gewesen sei und nach dessen Abschluss wieder die Sachthemen im Vordergrund stehen würden.

Punkt 2: Westfalentarif - Sachstandsbericht

Herr Breuker gibt einen Überblick über den aktuellen Sachstand zur Einführung des Westfalentarifs (**s. Anlage 4 der Niederschrift**). Er informiert, nach der Reform des ÖPNVG seien die Zweckverbände gehalten, auf einen einheitlichen Gemeinschaftstarif hinzuwirken. Die fünf Tarifregionen in Westfalen-Lippe und der NWL hätten sich zu einem Projekt „Tarifharmonisierung und Tarifentwicklung“ zusammengeschlossen, um die Inhalte für einen neuen Gemeinschaftstarif in Westfalen-Lippe aufzubauen. Dieses Projekt werde für die Zeit von 2012 bis 2014 durch Landesmittel gefördert. Für die unteren Preisstufen könne ein „Korridor“ festgelegt werden, um weiterhin regionale Besonderheiten bei den Tarifangeboten berücksichtigen zu können. Die einvernehmliche Position der in der WVG angeschlossenen Kreise sei, dass der Westfalentarif zu keinen finanziellen Nachteilen bei den Mitgliedern führen dürfe und die heutigen Entscheidungsstrukturen erhalten blieben. Für die langen Fahrten, die bisher mit dem NRW-Tarif durchgeführt würden, müsse eine neue Einnahmenaufteilung erfolgen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zu den Wirkungen des Westfalentarifs im südlichen Kreisgebiet antwortet Herr Breuker, die Übergangsbereiche des VRR seien von dem neuen Westfalentarif weniger betroffen. Vorteil sei, dass die Anerkennung des VRR-Tarifs im südlichen Kreisgebiet erhalten bleibe. Auf die Gestaltung des VRR-Tarifs habe die RVM keinen Einfluss.

Herr Vering fragt, wann der Westfalentarif eingeführt werde. Herr Breuker teilt daraufhin mit, dass es zwar keine gesetzliche Frist zur Einführung des Gemeinschaftstarifs gebe, durch die Projektförderung sei aber ein Start zum 01.08.2014 vorgesehen.

**Punkt 3: Nahverkehrsplanung; ÖPNV-Linien vs. freigestellter Schülerverkehr
Vorlage: 0190/2013**

Herr Dr. Paßlick verweist auf die in der Sitzungsvorlage dargestellten Vor- und Nachteile bei den ÖPNV-Linien und Linien des freigestellten Schülerverkehrs. Bei jeder Linie müsse überlegt werden, ob durch die Umstellung auf freigestellten Schülerverkehr die Finanzierung und der Bedarf der ÖPNV-Linien geschwächt würden.

Herr Stienen ergänzt, dieses Thema müsse auch mit den Bürgermeistern besprochen werden. Um negative Entwicklungen zu verhindern, müsse ggf. auch die Solidarität der Kommunen des Kreises Borken eingefordert werden.

Herr Eisele erklärt, der Bürgermeister der Stadt Ahaus habe ihm gegenüber geäußert, dass der Solidaritätsgedanke sehr wichtig sei, um weiterhin einen attraktiven ÖPNV anbieten zu können.

Angesprochen auf die Qualitätsstandards bei Schulbussen erläutern die Herren Pieperjohanns und Stienen, der Komfort bei den Schülerbussen sei zwar geringer als bei den Linienbussen, die Sicherheitsansprüche seien hingegen hoch. So würden die Busse 4-mal jährlich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Die RVM sei auch für die Überprüfung der Auftragsnehmer verantwortlich. Gemeinsame Standards seien mit der Westfalen Bus GmbH abgesprochen worden.

Herr Lensing bedankt sich für die ausführlichen Informationen. Ihm sei wichtig, dass weiterhin ein gutes Gesamtkonzept existiere.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss nimmt den Bericht über den Vergleich von ÖPNV-Linien und Linien des freigestellten Schülerverkehrs zur Kenntnis.

Punkt 4: Radschnellwege - Rahmenbedingungen und aktueller Sachstand "Regio.Velo.01"
Vorlage: 0187/2013

Herr Dr. Wolf informiert über den aktuellen Sachstand bei der Regionale-Projektidee „Regio.Velo.01“ (**s. Anlage 5 der Niederschrift**).

Herr Angenendt geht in seinem Vortrag auf die allgemeinen Rahmenbedingungen und Kriterien für die Errichtung von Radschnellwegen ein und berichtet zum aktuellen Regionale-Antrag über die Linienführung (**s. Anlage 6 der Niederschrift**). Sofern das Land NRW das Radwegkonzept fördere, würde zunächst eine vertiefende Machbarkeitsstudie erfolgen.

Herr Eisele fragt, ob je Regierungsbezirk jeweils ein Projekt gefördert werde. Herr Angenendt teilt dazu mit, zunächst sei dies so vorgesehen gewesen, jetzt erkläre das Ministerium, dass die besten fünf Projektideen gefördert würden.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zur Nutzung der alten Bahntrasse für den geplanten Radschnellweg antworten Herr Angenendt und Herr Dr. Paßlick, die alte Bahntrasse werde teilweise für den geplanten Radschnellweg in Anspruch genommen. Vorteilhaft sei, dass dadurch die Trassenführung gesichert werde und eine sinnvolle Zwischennutzung erfolge. Mit einer Reaktivierung der Bahnstrecke sei in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Herr Lensing berichtet über die Exkursion „Radschnellweg“ am 20.09.2013 und geht davon aus, dass sich das Pedelec zu einem gleichwertigen Verkehrsmittel entwickeln werde. Über die Verkehrssicherheit gerade bei älteren Radfahrerinnen und Radfahrer müsse nachgedacht werden.

Herr Eisele sieht es positiv, dass alle Mitglieder des Fachausschusses die Radfahrförderung vorantreiben möchten.

Herr Krasenbrink merkt an, das Land NRW stelle zu wenig Mittel für die Förderung der Radwege zur Verfügung. Bevor ein Radschnellweg gebaut werde, müsse vorrangig über notwendige Maßnahmen zum Bau und zur Sanierung von Radwegen zur Schulwegsicherung nachgedacht werden.

Herr Angenendt erklärt, durch die Einbindung vorhandener Straßen und den Verzicht von aufwendigen Kreuzungsbauwerken könnten die Baukosten in Grenzen gehalten werden. Verlässliche Zahlen könnten jedoch erst nach einer vertiefenden Machbarkeitsstudie genannt werden.

Herr Himmel betont, bei dem Pedelec handele es sich gerade für die ersten zehn Kilometer um ein sehr leistungsfähiges Verkehrsmittel. Für das Regio-Projekt liege derzeit nur ein Grobkonzept vor. Belastbare Zahlen über die voraussichtlichen Projektkosten könnten erst nach der vertiefenden Machbarkeitsstudie vorliegen. Aussagen zu den voraussichtlichen Baukosten seien zum derzeitigen Zeitpunkt eher kontraproduktiv. Er spreche sich für die Sicherung der Bahntrasse und langfristig für weitere Anbindungen an das Schienennetz im Kreis Borken aus.

Herr Eisele weist darauf hin, die Sicherung der Bahntrasse durch die zwischenzeitliche Nutzung als Radschnellweg stehe einer späteren Reaktivierung der Bahnstrecke nicht entgegen. Die Zwischennutzung halte er für sinnvoll.

Frau Lindenhahn spricht sich für die Anbindung an weitere Schnellradwege im Münsterland aus.

Auf die Frage von Herr Elpers zur möglichen Einbindung von Wirtschaftswegen, die sich in einem schlechten baulichen Zustand befinden, antwortet Herr Angenendt, hierfür müsse eine Lösung gefunden werden. Der Anspruch an den baulichen Zustand sei bei Schnellradwegen höher als bei einem normalen Radweg.

Beschluss: einstimmig

Die allgemeinen Informationen sowie der Sachstand zur Regionale-Projektidee „Re-gio.Velo.01“ werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: 1. Controllingbericht 2013
Vorlage: 0180/2013

Auf die Frage von Herrn Lensing zu den Veränderungen bei dem Produkt 11.03.04 teilt Herr Alfert mit, hier gebe es keine Abweichungen. Eine Übersicht sei daher nicht mitgeschickt worden. Künftig werde es hierzu einen Hinweis in der Vorlage geben. Auf die Zusendung aller Veränderungen im Budget 11 werde verzichtet, da dies nur zu Verwirrungen führen würde.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes zum 30.06.2013 für die Budgets 07 – Verkehr, 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster, 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie für das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentwicklung, EU-Angelegenheiten und Statistik zur Kenntnis.

Punkt 6: Wettbewerb um Linienkonzessionen und Vergabe von Verkehrsleistungen
Vorlage: 0186/2013

Herr Eisele stelle Einvernehmen fest, dass nach der ausführlichen Beratung in der Sitzung der IAG ÖPNV am 05.09.2013 heute auf eine weitere Beratung verzichtet wird.

Beschluss: einstimmig

Die in der Sachdarstellung beschriebenen Zuständigkeiten und Beteiligungen in den Vergabeverfahren für ÖPNV-Verkehrsleistungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Fortschreibung des Nahverkehrsplans, hier: Anpassung von Fahrplanangeboten und Liniensteckbriefen
Vorlage: 0196/2013

Herr Stienen ergänzt die Sitzungsvorlage, den Beschluss zur Änderung der Liniensteckbriefe könne der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen alleine treffen. Eine Beratung und Beschlussfassung im Kreisausschuss und Kreistag sei nicht erforderlich. Der Beschlussvorschlag sei entsprechend anzupassen. Für die Linie R21 liege ein eigenwirtschaftlicher Antrag

vor, der die Fahrten mit dem FietsenBus an Sonn- und Feiertagen jedoch nicht enthalte. Für den Betrieb dieses FietsenBusses entstehe ein hoher Kostenaufwand bei gleichzeitig geringer Nachfrage. Auch bestehe ein Parallelangebot durch den Schienenverkehr. Die Beratung über die Standards bei den Vergaben von Verkehrsleistungen werde, wie in der Sitzung der IAG ÖPNV am 05.09.2013 vereinbart, in der Sitzung des AfWVB am 28.11.2013 erfolgen. Für die AST-Verkehre Borken und Raesfeld werde das derzeitige Angebot nach den Wünschen der Gemeinde Raesfeld angepasst und zur Kompensation der wegfallenden Abendfahrten der Linie R21 erweitert. Da kein eigenwirtschaftlicher Antrag vorliege, werde derzeit in Abstimmung mit den Kommunen Borken und Raesfeld eine Notvergabe vorbereitet. Die Grundsatzdiskussion der Standards bei den Vergaben von Verkehrsleistungen im Zusammenhang mit diesen AST-Verkehren zu führen halte er nicht für sinnvoll.

Frau Lindenhahn teilt mit, der Hauptausschuss der Gemeinde Raesfeld befasse sich heute mit dem Angebot auf der Linie R21. Sie finde es schade, dass der FietsenBus auf dieser Linie nun entfalle. Sie rege eine bessere Vermarktung der FietsenBusse und eine Überarbeitung des Internetauftritts an. Dann könne über eine neue Inbetriebnahme der FietsenBus-Linie R21 nachgedacht werden.

Herr Lensing spricht sich für eine bessere Vermarktung des gesamten Fahrradtourismus aus. Der Münsterland e. V. solle ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Eine Reaktivierung der FietsenBus-Linie R21 sei danach nicht ausgeschlossen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zum Abstimmungsprozess mit der Stadt Gronau bei der Linie 890 teilt Herr Stienen mit, aufgrund von Stellenumsetzungen habe sich die Stadt Gronau noch nicht zum Bedarf auf dieser Linie geäußert. Wenn kein eigenwirtschaftlicher Antrag eingehe und die Stadt Gronau die Linie nicht in einen freigestellten Schülerverkehr umwandle, müsse die Verkehrsbedienung vergeben werden. Aufgrund des geringen Leistungsumfanges sei eine Direktvergabe möglich. Eine solche sei bereits bei der Linie 782 vorgesehen, da kein eigenwirtschaftlicher Antrag vorliege.

Herr Eisele stellt Einvernehmen fest, dass der Beschlussvorschlag dahingehend geändert wird, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen und nicht der Kreistag die Änderungen der Liniensteckbriefe und Fahrpläne beschließt.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen beschließt, das Fahrplanangebot gemäß den in der Anlage beigefügten Liniensteckbriefen und Fahrplänen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des Zweiten Nahverkehrsplans Kreis Borken.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Paßlick weist auf die **Einladung zum ÖPP-Forum** am 10.10.2013 hin.

Herr Stienen informiert, eine **Modal-Split-Erhebung** (Erhebung über das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung) solle in 2014 für das gesamte Kreisgebiet durchgeführt werden. Ein Antrag für eine 70 %ige Landesförderung sei gestellt worden.

Für die **Überarbeitung des Nahverkehrsplanes** des Kreises Borken würden in 2014 Gutachterkosten anfallen, die bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden müssten.

Punkt 9: Anfragen

Herr Eisele weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung auf die **Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.09.2013 (SV 0198/2013)** zum interkommunalen Gewerbegebiet am Verkehrslandeplatz Stadtlohn-Vreden hin.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zur Mitnahme von **Elektroscootern** in den Bussen antwortet Herr Pieperjohanns, die Betroffenen sollten sich mit dem Verkehrsunternehmen in Verbindung setzen, um die Frage der Mitnahmemöglichkeit zu klären. Die RVM halte die Erlangung eines Scooterführerscheines für sinnvoll. Die WB habe das Verbot der Mitnahme von Elektroscooter gelockert. Eine Mitnahme sei nunmehr möglich, es sei denn gesetzliche Gründe würden dagegensprechen. Eine abschließende Regelung werde in einer Arbeitsgruppe erarbeitet.

Herr Kramer erinnert daran, dass er in der Sitzung des AfWVB am 05.02.2013 um einen **Sachstandsbericht** über die Zusammenarbeit des Kreises Borken mit der Stadt Gescher beim **interkommunalen Bauhof** gebeten habe. Hierüber solle in der nächsten Sitzung berichtet werden.

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 11: Anfragen

keine

gez.

Dietmar Eisele
Vorsitzender

gez.

Sofia Arnold
Schriftführerin